

Elke März-Granda



Ökologisch-Demokratische Partei

An den
Stadtrat Landshut
Rathaus
84028 Landshut

Landshut, den 05.05.2025

Antrag auf Verabschiedung einer Resolution gegen die Vergütungskürzung für Beleg-Hebammen am Klinikum Landshut

Der Stadtrat der Stadt Landshut appelliert an den Spitzenverband der gesetzlichen Krankenkassen, den aktuellen Schiedsspruch (vom 2.4.2025) zum Hebammenhilfvertrag zu überarbeiten.

Als alleiniger Träger des Kommunalunternehmens Klinikum Landshut und in zukünftiger Zusammenarbeit mit dem Landshuter Kommunalunternehmen für Medizinische Versorgung (LAKUMED Kliniken) befürchtet die Stadt Landshut, dass die im November in Kraft tretenden verschlechterten Vertragsbedingungen für Beleg-Hebammen negative Auswirkungen haben könnten. Insbesondere könnten sich junge Menschen, die erst kürzlich in diesem Beruf gestartet sind oder ein solches Studium erwägen wegen der verschlechterten Rahmenbedingungen künftig gegen diesen Beruf entscheiden (Zitat der Pflegedienstleitung in der PNP v. 26.4.2025). Zudem hält der Stadtrat die genannten Vergütungskürzungen auch für unangemessen.

Der Stadtrat der Stadt Landshut bittet ferner das Bundesministerium für Gesundheit um eine Einschätzung, ob die Vergütungskürzung für Beleghebammen künftig negative Auswirkungen auf die Geburtsbetreuung haben könnte. In diesem Fall sollte der Gesetzgeber bzw. das Ministerium prüfen, inwieweit dies durch eine Änderung gesetzlicher Rahmenbedingungen oder rechtsaufsichtlich vermieden werden könnte.

Begründung:

Der Deutsche Hebammenverband hat die Öffentlichkeit über verschlechterte Vertragsbedingungen informiert. Als Träger des Klinikums trägt der Stadtrat auch lokalpolitische Verantwortung für die Zukunft der Geburtskliniken.

Den Veröffentlichungen zufolge erhalten Dienstbeleghebammen nur noch 80 % ihres Stundenlohns. Für die Betreuung einer zweiten und oder dritten Gebärenden werden lediglich 30 % des bereits gekürzten Stundenlohns gezahlt – trotz voller Verantwortung.

Dies habe die auf Bundesebene eingesetzte Schiedsstelle am 2. April 2025 so entschieden. Die größte berufsständische Vertretung der Hebammen, der Deutsche Hebammenverband (DHV), hatte bis zuletzt versucht, dies abzuwenden. Er sieht nun die Qualität der Geburtshilfe gefährdet.

Aktuell werden bundesweit mehr als zwanzig Prozent der Geburten in Kliniken von freiberuflichen Hebammen im Belegsystem begleitet, in Bayern ist es jedoch die Mehrzahl aller Geburten. Verschlechterungen für die Beleg-Hebammen können zu einer Versorgungsknappheit für die Frauen und Familien führen. Als Stadtrat sollten wir an die politisch Verantwortlichen appellieren, die Geburtshilfe nicht aus dem Blick zu verlieren.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink that reads 'Elke März-Granda'.

Elke März-Granda